

## Der Weg nach Europa

von

Norman Paech

Der Besuch der beiden ersten Repräsentanten der Türkei, Abdullah Gül und Recep Tayyip Erdoğan, in Deutschland hatte nicht das öffentliche Echo, welches sich die beiden Staatsmänner erhofft haben dürften. Erdoğan's Kritik der deutschen Integrationsforderungen an seine türkischen Bürgerinnen und Bürger fiel in den Medien auf wenig Verständnis und noch weniger Sympathie. Und Frau Merkel machte den beiden Herren deutlich, dass sie eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU ablehne. Das ist in Deutschland zwar immer noch sehr umstritten, findet aber immer mehr Zustimmung. Die Gründe liegen bei den einen in einer diffusen und wenig überzeugenden Angst: vor den Arbeitskräften, die bei ungehindertem Zugang in die Länder der EU strömen würden, vor dem politischen Gewicht, welches der an Bevölkerungszahl zweitgrößte Staat in der EU einfordern werde oder dem Islam, der zu einer Gefahr für die „westlichen Werte“ stilisiert wird. Realistischer sind die Bedenken anderer, die sich aus der vollkommen unzureichenden Situation der Menschenrechte in der Türkei ergeben. Die permanenten Berichte über Verhaftungen oppositioneller Politiker und Intellektueller, die Zustände in den Gefängnissen und die offensichtlich immer noch praktizierte Folter lassen auch diejenigen zögern, die einen Beitritt der Türkei grundsätzlich begrüßen.

Der Kern dieser Kritik richtet sich gegen die Kurdenpolitik. Im August 2009 hatte Erdoğan noch versichert, die Kurdenfrage nach 25 Jahren gewaltsamer Auseinandersetzungen endlich lösen zu wollen und von einem großen Demokratisierungsprojekt gesprochen. Heute ist davon kaum noch etwas übrig geblieben, die militärische Gewalt hat wieder die Oberhand in der Strategie der türkischen Regierung gewonnen. Die Angriffe der Armee auf die Rückzugsgebiete der kurdischen Guerilla häufen sich und die tödliche Antwort lässt nicht auf sich warten. Die Türkei ist in den Sumpf des Bürgerkrieges zurückgesunken, eine politische Lösung so weit entfernt wie eh und je.

Wo Krieg herrscht sind Kriegsverbrechen an der Tagesordnung. Es gibt keinen Krieg ohne Verbrechen, das lehren uns die aktuellen Kriege in Afghanistan, Irak, Gaza und Libyen und das trifft auch auf Kurdistan zu. Diese hässliche Symbiose von Krieg und Verbrechen ist nicht neu, neu hingegen ist die Möglichkeit, diese Verbrechen vor die Gerichte zu bringen und die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Der deutsche Gesetzgeber hat 2002 ein eigenes Völkerstrafgesetzbuch verkündet, welches die strafrechtliche Verfolgung schwerer Kriegsverbrechen ermöglicht. Damit können sogar Kriegsverbrechen vor deutschen Gerichten verfolgt werden, die weder durch den Tatort noch durch den Täter oder das Opfer eine Beziehung zu Deutschland haben. Hinter dieser neuen Regelung steht der Wille, die Kriegsführung mit allen Mitteln zu zivilisieren, ohne dabei auf die kriegsführenden Parteien angewiesen zu sein. Denn man wird kein türkisches Gericht finden, welches die Kriegsführung der Armee einer strafrechtlichen Prüfung unterziehen würde, so eifrig die Justiz in der Verfolgung der kurdischen Guerillatätigkeiten auch ist.

Und so wurde Erdoğan bei seinem Besuch mit einer Strafanzeige konfrontiert, die ihn und seine Generäle wegen des Einsatzes chemischer Kampfmittel gegen die kurdische Guerilla beschuldigt. Diese sind absolut verbotene Kampfstoffe. Sie stellen eine weitere Überschreitung der Grenzen dar, die das humanitäre Völkerrecht bewaffneten Auseinandersetzungen gezogen hat. Da weder der UNO-Sicherheitsrat noch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag dieser offen völkerrechtswidrigen Eskalation des Krieges gegen die Kurden ihre Aufmerksamkeit schenken, ist nun eine nationale Justiz aufgefordert, die Kriegsführung der türkischen Armee zu überprüfen. Die Anzeige beschränkt sich nicht auf die Fälle chemischer Kampfführung, sondern umfasst auch einige exemplarische Fälle von Mord und Folter durch türkisches Militär und Mitglieder von Sondereinheiten. Wer die Kurdenfrage mit Gewalt beantwortet und eine politische Lösung verweigert, wird keine Aufnahme in die EU finden.